

Auf Draht

Kolleginnen und Kollegen, Einigkeit ist unsere Stärke!

Herausgeber: DKP München und Gruppe KAZ

20. Juli 2021

MAN: Die Machenschaften von MAN und VW gegen die Arbeiter.....	3
Audi: Sehnsucht nach Normalität - IG Metall startet Befragung.....	4
IG Metall: Durchbruch geschafft? Angleichung der Arbeitszeit durch Verzicht.....	4
Handel: Tarifverhandlungen seit April 2021 – „Ohne uns kein Geschäft“.....	5
Migrationspolitik: Deutschlands Weltoffenheit und Toleranz.....	6

Bundeswahlleiter will Kandidatur der DKP zur Bundestagswahl verbieten



Kommunismus läßt sich nicht verbieten!

Ein „kaltes Parteiverbot“ nennt Patrik Köbele, Vorsitzender der DKP, das, was der Bundeswahlausschuss am Donnerstag (8. Juli 2021) getan hat. Der Ausschuss war dem Vorschlag des Bundeswahlleiters Georg Thiel gefolgt, die Deutsche Kommunistische Partei nicht zu den Bundestagswahlen zuzulassen und ihr den Parteistatus zu entziehen. Der vorgeschobene Grund: Verspätet abgegebene Rechenschaftsberichte. Das entsprechende Gesetz formuliert allerdings, dass die Nichtabgabe der Berichte über sechs Jahre ein Grund zum Entzug des Parteistatus sei. Eine verspätete Abgabe ist es nicht. Die DKP hält

ihren Ausschluss von der Wahl sowie den Entzug des Parteistatus für nicht haltbar und hat am Montag Einspruch vor dem Bundesverfassungsgericht eingereicht – fristgerecht. Nach der Verkündung der Entscheidung des Bundeswahlausschusses blieben der DKP dafür nur vier Kalendertage – die Niederschrift der Entscheidung ging am Freitagnachmittag per E-Mail bei der Partei ein. Besonders bitter: der Bundeswahlausschuss entschied mit nur einer Gegenstimme. Die kam von Hartmut Geil (Bündnis 90/Die Grünen). Die Vertreterin der Linkspartei, Constanze Portner, stimmte für die Aberkennung des Parteistatus

der DKP. Pressesprecher Matthias Hinz begründete dies gegenüber UZ damit, dass „die erforderlichen Rechenschaftsberichte von der DKP nicht beziehungsweise nicht fristgerecht eingereicht wurden und daher laut Parteiengesetz die formal für die Zulassung erforderliche Rechtsstellung als Partei nicht mehr gegeben ist“. Eine Nachfrage zur Rechtslage hatte Portner im Ausschuss, anders als Geil, nicht nötig. Besonders ermutigend: Seit Bekanntwerden des Angriffs auf die Existenz der DKP erreicht die Partei eine Welle der

Lesen Sie bitte weiter auf Seite 2 ►

► Fortsetzung von Seite 1

Kommunismus läßt sich nicht verbieten!

Solidarität aus dem In- und Ausland. Auch Zusammenschlüsse der Partei „Die Linke“ wie die Kommunistische Plattform und die Antikapitalistische Linke und Bundestagsabgeordnete solidarisierten sich. Und was macht die DKP? Sie sagt „Jetzt erst recht!“ „Wir werden in diesen Bundestagswahlkampf eingreifen, wir werden weiter unsere Losungen auf die Straße tragen, werden weiter kämpfen gegen das Abwälzen der Krisenlasten auf die Bevölkerung, gegen die Kriegstreiberei von NATO und Bundesregierung, für Frieden mit Russland und China“, so Köbele auf der Außerordentlichen Tagung des Parteivorstandes am Sonntag. Das sah der Parteivorstand genauso. „Wir kämpfen um unsere Kandidatur und werden dafür

Solidarität brauchen und organisieren“, so Köbele. Denn es geht nicht allein gegen die DKP. Der Versuch, sie zu verbieten, reiht sich ein in die Angriffe der Herrschenden gegen antifaschistische Organisationen wie die VVN-BdA und sozialistische Medien wie die Tageszeitung „junge Welt“. Er ist Bestandteil des reaktionären Staatsumbaus, der mit Versammlungs- und Demonstrationsverboten und der Einschränkung der Meinungsfreiheit in der Pandemie forciert wurde. Die Regierenden sind sich ihrer Sache nicht mehr sicher. Sie wissen, dass die NATO-Kriegspolitik zur Sicherung der westlichen Vorherrschaft den Interessen der Mehrheit der Bevölkerung entgegensteht. Sie wissen, dass das Abwälzen der Krisenlasten auf die Bevölke-

rung, Sozialabbau und Privatisierung zur Sicherung der Profite von Wenigen den Interessen der Mehrheit der Menschen in diesem Land entgegensteht. Mit dem Abbau demokratischer Rechte und der Zerschlagung demokratischer Organisationen wollen sie den Widerstand gegen diese Politik verhindern. Das darf nicht passieren. Statt weniger braucht dieses Land mehr Widerstand. Dem Angriff der Reaktion auf die DKP entgegenzutreten heißt, den Widerstand gegen die Politik der Herrschenden zu intensivieren, Solidarität zu üben und vor allem: Die DKP zu stärken.

Melina Deymann
Unsere Zeit, 16. Juli 2021

Sie wollen auf dem Laufenden sein:
<https://www.unsere-zeit.de/>

Ein Angriff auf uns alle! - Solidarität mit der DKP!

Eine breite, demokratisch-antifaschistische Bewegung war es damals, die die Aufhebung des undemokratischen Verbotes der KPD forderte. Auch wenn die Aufhebung des KPD-Verbetes nicht durchgesetzt werden konnte, war doch die Gründung der DKP 1968 ein Ergebnis dieses demokratischen Kampfes. Der formale Entzug des Parteistatus mit der Begründung angeblicher Formfehler geht leiser und mit weniger Aufsehen vor sich als das Verbot der KPD im Jahre 1956 durch das Adenauer-Regime, doch er zielt in die gleiche Richtung. Als lediglich vereinsähn-

liche Organisation, die die DKP dann bei Aberkennung des Parteistatus rechtlich wäre, könnte sie alleine durch einen Beschluss des Bundesinnenministers verboten werden. Und dass diese Befürchtung nicht aus der Luft gegriffen ist, sieht man nicht zuletzt an den jüngsten Angriffen auf die linke Tageszeitung „Junge Welt“ oder an der Forderung von CSU-Seehofer den Verein „Rote Hilfe e.V.“ zu verbieten.

Wir verurteilen deshalb den antikommunistischen Angriff auf die DKP aufs schärfste. Er reiht sich ein in eine ganze Reihe reaktionärer Angriffe des Staates gegen linke,

demokratisch-antifaschistische Organisationen und Zusammenschlüsse (Rote Hilfe, Campact, VVN-BdA, Attac etc.) und muss als Teil der verschärften Rechtsentwicklung in diesem Land gesehen werden. Er ist ein Angriff auf die Arbeiterbewegung, auf die demokratisch-antifaschistische Bewegung insgesamt!

Solidarität mit der DKP – Wehren wir uns gemeinsam gegen die Angriffe der Herrschenden!

Gruppe KAZ München, 14. Juli 2021
(Mitherausgeber der Auf Draht)

KünstlerInnen, PolitikerInnen und Organisationen protestieren gegen das „kalte Parteiverbot“ – eine Auswahl:

Banda Bassotti | Dietmar Darth | Tino Eisbrenner | Ulla Jelpke (MdB) | Horst Schmitthener | Gina Pietsch | Konstantin Wecker | Christa Weber & Christof Herzog (Weber-Herzog-Musiktheater) | Peter Wittig & Margarete Steinhäuser | Petra Wegener | Frank Schumann (Verleger) | Julian Eder (Landessprecher linksjugend Hessen) | Sevim Dagdelen (MdB) | Willi van Oyen | Stefan Huth (Chefredakteur junge Welt) | Martin Koerbel-Landwehr (Personalratsvorsitzender Uniklinik Düsseldorf) | Dr. Alexander S. Neu (MdB) | Norman Paech | Arnold Schölzel (Vorsitzender Rotfuchs) | Andrej Hunko | Dr. Ulrich J. Wilken (MdL) | Lukas Wunsch (IG Metall Bezirksjugendausschuss Mitte) | Uwe Hixsch | Wiljo Heinen (Verleger)

Vereinigung Demokratischer Juristinnen und Juristen VDJ | Bundesvorstand Rote Hilfe e.V. | Landesvorstand Die Linke Hessen | Bundesvorstand die Linke. SDS - Föderation der demokratischen Arbeitervereine (DIDF) | VVN-BdA Landesvereinigung Nordrhein-Westfalen

Weitere Proteste hier: <https://www.unsere-zeit.de/solidaritaetsschreiben/>

Solidaritätserklärungen an kvw@dkp-muenchen.de

Spendenkonto der DKP: DKP-Parteivorstand | GLS-Bank | IBAN: DE63 4306 0967 4002 4875 01

- Ich will die ~~Auf Draht~~ gerne regelmäßig bekommen – bitte schickt mir immer die neue Ausgabe!
- Ich will die DKP kennen lernen – bitte schickt mir Informationsmaterial!
- Ich will die Gruppe KAZ kennen lernen – bitte schickt mir Informationsmaterial!

Vorname und Name

Tel.:

Straße, Postleitzahl und Wohnort

eMail:

Bitte einsenden an: Auf Draht • c/o Jörg Högemann • Kellerstr. 28 • 81667 München



5.000 Menschen kamen am 15. Oktober 2020 zu einem Warnstreik samt öffentlichen Betriebsversammlung der MAN-Werker

Die Machenschaften von MAN und VW gegen die Arbeiter

MAN in Steyr ist nun doch verkauft, die Belegschaft in Steyr soll halbiert werden. Ihr Kampf geht uns alle an!

Das MAN-Werk in Steyr (Oberösterreich) steht seit September 2020 auf der Abbauliste des VW-Konzerns. Von 2.300 Kolleginnen und Kollegen werden hier mittlere LKW (TGL und TGM) und Komponenten gebaut. Die Kollegen hatten sich im März in einer Urabstimmung mit 2/3 Mehrheit gegen eine Übernahme durch den Investor Wolf in Stellung gebracht. Der war von VW vorgeschickt worden und sollte die Produktion vorerst weiterführen. (Auf Draht berichtete) Nachdem der Deal an der Belegschaft gescheitert war, drohte MAN erneut mit der Schließung bis Anfang 2023. (Süddeutsche Zeitung, 11. Juni 2021) Ein wichtiges Datum, wie wir später sehen. Nun tauchte der VW-Agent Wolf erneut auf und kaufte überfallartig Anfang Juni das Werk. Die Einzelheiten blieben geheim.

Wichtig ist für VW bzw. MAN Truck & Bus, dass die Produktion weiterläuft. Wie sagte es der frühere MAN-Steyr-Betriebsratsvorsitzende Erich Schwarz: „MAN produziert im Verbund. Sollte es nötig sein, abzustellen, dann steht die ganze MAN.“ Das gilt nach wie vor: Ein Streikbeschluss der Gewerkschaft liegt auf dem Tisch und kann jederzeit eingesetzt werden.

Der Eigentümerwechsel entlastet nun VW von dem Standortsicherungsvertrag, der etwa eine Milliarde Euro schwer ist und bis 2030 gilt. Der Vertrag war für den MAN-Konzern vom VW-Kapital einseitig gekündigt worden, aber die Rechtslage ist ungeklärt. Nach österreichischem Recht geht der Vertrag auf den neuen Eigentümer über.

Unverändert bleibt die Agenda des Spekulanten Wolf, nämlich Abbau von bis zu 1.900 Arbeitsplätzen und Lohnkürzung um 15 Prozent. Das soll mit den Werkzeugen, die MAN-Werkern wohlbekannt sind, durchgezogen werden, also Einzelgespräche, Turboabfindungen, vorgezogener Ruhestand. So will sich Wolf vom Standortsicherungsvertrag freimachen.

Und so sollen die Produktionskosten gesenkt werden, bis 2022 das billiger produzierende Werk in Polen steht. Termin siehe oben. Bis dahin wird der Profit abgegriffen. Die Auftragsbücher sind voll.

Nun mag sich ein Münchner Kollege fragen, was geht das uns an? Wenn das durchgeht im Weltkonzern VW, dann geht das woanders auch durch. Zum anderen sehen wir, wozu Arbeiter im Stande sind. Die Kollegen zeigten mit der Urabstim-

mung, dass sie sich nicht dem Druck der Medien, der Erpressung beugen, dass sie nicht alles mit sich machen lassen. Sie zeigen täglich, dass sie den Betrieb führen, ohne sie geht kein LKW raus.

Nicht zu vergessen: Auch in München sollen 1.500 abgebaut werden. Da taucht die Frage auf: Soll das Werk in Steyr zugunsten der Kapazitäten in München geopfert werden? Vielleicht im Einvernehmen mit dem Konzernbetriebsrat, dessen Vorsitzender Saki Stimoniari den Deal mit dem Spekulanten als „sehr gute Lösung“ bezeichnete. (Süddeutsche Zeitung, 11. Juni 2021) ■krr

Wer ist dieser Wolf? Siegfried Wolf ist Vertrauensmann des MAN-VW-Konzerns, mit dem er engstens durch Sitz in verschiedenen Gremien von VW, MAN, Traton verbunden ist. Wolf ist Aufsichtsratsmitglied der Porsche S.E., die mit 51 Prozent Anteil die Strippen bei VW zieht. Er besitzt ein Schloss, eine Pferdezucht, einen Golfplatz. Geschätztes Vermögen: 520 Millionen Euro.

MAN München oder MAN Steyr – die Kapitalisten sind die Gleichen! Die Volkswagen AG, der Mutterkonzern, hat ihren Sitz in Wolfsburg. Aber sie wird indirekt über Mehrheiten an verschiedenen Holdings (Beteiligungsgesellschaften) von der Porsche-Piëch-Familie kontrolliert. 660.000 Kolleginnen und Kollegen stehen weltweit unter dem Kommando dieses Clans. Der übrigens in Salzburg sitzt. Die Superreichen kennen keine Staatsgrenzen. Sie verkörpern die Dynamik des Kapitals. Sie sind gezwungen, weltweit zu expandieren, die Kosten zu senken gegen Toyota, Daimler und GM. Sie müssen täglich die Schranken des Nationalstaats überwinden. Das müssen wir ebenso tun: Das heißt internationale Solidarität! Kollegen, denkt daran: Der Kollege Hinterleitner in Steyr, oder wie er heißen mag, steht euch näher als irgendein Porsche, Piëch, Tostman oder Wolf.

Sehnsucht nach Normalität

Unter diesem Motto führt die IG Metall derzeit eine Mitarbeiterbefragung bei Audi durch. Aber wie sieht diese „Normalität“ in Zeiten der Krise aus?



Milliarden haben sich die Kapitalisten aus den Kassen der Arbeiter zahlen lassen während der Corona-Pandemie. Die Engpässe bei Halbleitern zwingen die Arbeiter wieder in die Kurzarbeit. Auf Kosten des Profits des Kapitals geht das natürlich nicht. Dafür gibt es ja das allbewährte „Instrument“ der Kurzarbeit, mit dem die

Kapitalisten es sich sparen, den Arbeitern die Löhne zu bezahlen, und stattdessen die von den Arbeitern gefüllten Kassen der Bundesagentur für Arbeit plündern können.

Die Automobilindustrie in Deutschland steht in härtestem Konkurrenzkampf, wenn es um die Zukunft geht. Tesla ist

zur Zeit an der Börse mehr wert als VW, BMW und Daimler zusammengenommen. Und der weltweite Konkurrenzkampf, ausgetragen auf dem Rücken der Arbeiter, wird immer härter.

Die Gefahr des Arbeitsplatzverlustes durch die Anpassung an die immer weiter voranschreitende Digitalisierung und durch das bevorstehende Aus für den Verbrennermotor ist auch nicht geringer geworden. Im Gegenteil. Die Digitalisierung hat durch die Corona-Pandemie einen enormen Schub bekommen.

Was soll das also sein, „Normalität“ in Zeiten, in denen es nur heißen kann: Die Kapitalisten oder die Arbeiter?! Die oder Wir!

Zur „Normalität“ sollte deshalb vor allem wieder eines werden: Dass die IG Metall wieder zu einer Kampforganisation der Arbeiterklasse wird, die den Kapitalisten das Fürchten lehrt. Marx wäre dabei sicherlich ein guter Ratgeber: „Gewerkschaften tun gute Dienste als Sammelpunkte des Widerstands gegen die Gewalttaten des Kapitals. Sie verfehlen ihren Zweck zum Teil, sobald sie von ihrer Macht einen unsachgemäßen Gebrauch machen. Sie verfehlen ihren Zweck gänzlich, sobald sie sich darauf beschränken, einen Kleinkrieg gegen die Wirkungen des bestehenden Systems zu führen, statt gleichzeitig zu versuchen, es zu ändern, statt ihre organisierten Kräfte zu gebrauchen als Hebel zur schließlichen Befreiung der Arbeiterklasse, d.h. zur endgültigen Abschaffung des Lohnsystems.“ ■ma

Durchbruch geschafft?

Die Angleichung der Arbeitszeit im Osten erfolgt nur durch Verzicht auf Gehalt.

IG Metall-Vorsitzender Hofmann hat in der Juni-Ausgabe der *Metallzeitung* festgestellt: „Durchbruch geschafft!“ Bei diesem „Durchbruch“ haben alle in den Ost-Kapitalverbänden VSME und VME organisierten Kapitalisten es abgelehnt, die Verkürzung der Wochenarbeitszeit von 38 auf 35 Stunden über Haustarifverträge bzw. im Flächentarifvertrag zu regeln. Dort steht weiterhin die seit 1996 - und damit seit 25 Jahren - in der M+E-Industrie Ost geltende 38-Stunden-Woche. Das „Verkürzungs-Angebot“, das der Flächentarif gemäß Tarifabschluss vom 25. Juni 2021 über eine

Öffnungsklausel dazu macht, sind „Freiwillige Betriebsvereinbarungen“. Damit „können die Belegschaften innerhalb des neuen tariflichen Rahmens mit der Geschäftsführung eine Betriebsvereinbarung verhandeln, die den Weg zur 35-Stunden-Woche ab 1. Januar 2022 freimacht. Dabei kann zunächst um eine Stunde abgesenkt oder aber auch der ganze Weg zur 35-Stunden-Woche festgelegt werden“ (IGM-Info, 28. Juni 2021). Bei der Arbeitszeitverkürzung entstehen den Unternehmen Kosten, hat Birgit Dietze, die IG Metall-Bezirksleiterin von Berlin-Brandenburg-Sachsen in

einem Videopodcast erklärt. Aber die IG Metall-Führung hat dafür Lösungen, wie z. B. eine Teilkompensation, bei der „die Arbeitnehmer zeitbegrenzt davon etwas mitfinanzieren“. Mitfinanziert wird über Urlaubs- und Weihnachtsgeld und sonstige Sonderzahlungen sowie u. a. durch Produktivitätssteigerungen. Die heißen in der Regel Intensivierung der Arbeit, die Leistungsschraube wird angezogen und die Ausbeutung der Arbeitskraft verschärft. Damit versuchen die Kapitalisten ständig ihre Wettbewerbsfähigkeit zu sichern. Dabei heißt der Durchbruch:



Wer Arbeitszeitverkürzung will, muss zahlen! Das sind die Belegschaften, die 10.000 Leute bei VW-Sachsen, die 100.000 warnstreikenden Kolleginnen und Kollegen und alle, die dazu kommen, müssen fürs „Angleichen“ und „Kompensieren“ ihre Knochen erhalten. Die Forderung „Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohn- und Personalausgleich“ wird damit in ihr Gegenteil verkehrt. „Maßgeblich ist jedoch, dass am Ende des Prozesses immer eine echte Angleichung – also eine Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich steht“, hat Bezirksleiterin Dietze festgestellt. Und zum Abschluss ihres Podcast: „Jetzt geht es betrieblich weiter, auf

einem anderen als dem typischen Weg und anders als gedacht (IGM-Infos, 28. Juni 2021). Dabei heißt es dann als Ergebnis im „Häuserkampf“ - statt Haustarifvertrag -, jedem Betrieb seine „freiwillige Betriebsvereinbarung“. Mit dem Zugeständnis von Bezirksleitung und IG Metall-Vorstand dazu, ist es den Kapitalisten entsprechend ihrer jahrelangen Forderung gelungen, aus der mit gewerkschaftlichem Streikrecht verbundenen Tarifbindung und unmittelbar und zwingend geltenden Tarifnormen herauszukommen. Die damit entstandene Situation, bei der die Ost-Kolleginnen und -Kollegen, trotz vieler Solidaritätsresolutionen von Betrieb zu Betrieb, allein und

ohne Streikrecht dastehen, geht auf das Konto der IG Metall-Führung. Sie ist ihrer Weigerung, in Ost und West ernsthafte und gemeinsame Kampfmaßnahmen zu organisieren, geschuldet. Das geht nicht auf der Basis von Warn- und Streiks nach dem Tarifvertragsgesetz, sondern nur über das Organisieren von größeren und Massenstreik-Aktionen, von politischem Streik. Für ihr Zustandekommen muss in den Belegschaften für die zukünftigen Auseinandersetzungen mit dem Kapital mobilisiert und gekämpft werden, auch im Westen! ■ Lu

„Ohne uns kein Geschäft“

Ende April 2021 haben im Handel die Tarifverhandlungen begonnen.

Die verschiedenen Verdi-Tarifkommissionen haben in den wesentlichen Punkten ähnliche Forderungen beschlossen: 4,5 Prozent Entgelterhöhung plus 45 Euro monatlich, außerdem sollen mindestens 12,50 Euro pro Stunde festgeschrieben werden. Damit soll auch der drohenden Altersarmut, von der viele der Beschäftigten im Handel bedroht sind, entgegengewirkt werden. Denn nur wer im Durchschnitt aller 45 Arbeitsjahre mindestens 2.105 Euro Arbeitsentgelt monatlich erhalten hat, kann mit einer Rente über dem Grundsicherungsniveau rechnen.

Natürlich jammern die Handelskapitalisten (Handelsverband Deutschland HDE) über diese Forderungen, war doch der Handel in den Innenstädten aufgrund der Corona-Pandemie wochenlang geschlossen. Doch Fakt ist: Für das Jahr 2020 gab

es ein reales Umsatzplus von 4,0 Prozent für den Einzelhandel und 20,8 Prozent für den Onlinehandel, seit 2010 ist der Umsatz stetig angestiegen, so das Statistische Bundesamt. Philip Merten vom HDE: „Eine undifferenzierte und selbst für Normallagen nicht zu erwirtschaftende Forderung ist kein gangbarer Lösungsweg“ und ergänzt, dass eine Lösung nur über eine Differenzierung führe. Der letzte Tarifabschluss der IG Metall lässt grüßen.

Dem stellt Stefanie Nutzenberger, zuständiges Vorstandsmitglied bei Verdi, gegenüber: „Öffnungsklauseln und Einmalzahlungen sind Gießkannenprinzip oder Mogelpackungen. Beides sind die falschen Antworten für die Zukunft des Handels“ und „Wenn jetzt von Krisenunternehmen geredet wird, fragt sich doch, wo das Geld ist, das in den vergangenen 15

Jahren verdient wurde! Es kann niemand behaupten, dass im Handel kein Geld verdient wird.“ Ein Blick in das „who is who“ der deutschen Milliardäre genügt, um diese Aussage zu bestätigen: die Albrechts von Aldi, Schwarz, Rossmann, Otto, Deichmann, um nur einige zu nennen.

Dass Geld da ist, zeigen die Zahlen von Krisengewinnlern, deren Profite im Corona-Jahr 2020 gestiegen sind:

- Der Edeka-Konzern hat in den Edeka- und Netto-Filialen 61 Mrd. Umsatz, damit ein Plus von 6 Prozent zum Vorjahr,
- Die REWE-Gruppe mit Rewe und den Penny-Märkten hat in Deutschland 46,6 Mrd. Euro, damit plus +24,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr, Gewinn erzielt.



Streikende Kolleginnen und Kollegen von Edeka

► Fortsetzung von Seite 5

„Ohne uns kein Geschäft“

- Die Schwarz-Gruppe mit Lidl und Kaufland hat einen Umsatz von 113,3 Mrd. Euro, davon 41,25 Mrd. in Deutschland, also ein Plus von 8,6 Prozent zum Vorjahr, gemacht.
- Die Aldi-Gruppe bei einem Umsatz von 31,1 Mrd. Euro plus 5,4 Prozent gegenüber Vorjahr,
- tegut ein Umsatz von 1,26 Mrd. Euro plus 17,7 Prozent zum Vorjahr und selbst

- real/SCP trägt sich trotz Filialschließungen einen Umsatz von 7,8 Mrd. Euro und Plus 0,3 Prozent ein.

Während in Zeiten der Corona-Pandemie viele Unternehmen sich also die Taschen vollstopfen konnten, andere aus Steuergeldern finanzierte Mittel erhielten, gingen die Beschäftigten bisher leer aus.

Ob im Möbelhaus, im Baumarkt, in Drogerien, im Textil- und Lebensmittelhandel oder auch im Online-Handel gearbeitet

wird: Die Umsätze, die Gewinne und die Verkaufszahlen erarbeiten die dort beschäftigten Menschen. Und während der zurückliegenden Monate mit Maske rund um die Uhr, mit Desinfektion und Abstand und auch mit Kunden diskutierend, die sich daran nicht halten wollten.

Sollten also in den nächsten Wochen Streikende vor dem Laden stehen, dürfen die dort kämpfenden Kolleginnen und Kollegen mit Beifall bedacht werden. ■RW

Deutschlands Weltoffenheit und Toleranz

Bundesinnenminister Seehofer ist zufrieden: „Wir sind auf dem richtigen Weg.“ Ein Weg, gepflastert mit Tod, Elend und Rechtlosigkeit.

Weltoffen und tolerant sollte sich das Land im Spiel gegen Ungarn um die Europameisterschaft zeigen – aus Protest gegen die reaktionäre Politik der ungarischen Regierung unter Orban (der, um nur mal kurz daran zu erinnern, viele Jahre

gern gesehener Gast auf CSU-Parteitag (war). Zwar konnte die Allianz-Arena auf Beschluss der UEFA nicht in den Regenbogenfarben erstrahlen, aber entsprechend bunte Fähnchen wurden verteilt. Doch wenn es nicht gerade darum geht, auf die Zustände in anderen Ländern zu zeigen, ist von Weltoffenheit und Toleranz keine Rede mehr.

geschätzte Zahlen, die die Internationale Organisation für Migration dazu bekannt geben kann, die wirklichen Zahlen sind wohl wesentlich höher: 3170 Menschen sind alleine im Jahr 2020 auf ihrer Flucht nach Europa im Mittelmeer ertrunken, von 382 Flüchtlingen weiß man, dass sie in Nordafrika gestorben sind, meist in der Sahara verdurstet.

10.300 Flüchtlinge wurden von der libyschen Küstenwache aufgegriffen und nach Libyen zurückgebracht. In den Lagern dort drohen ihnen nach UN-Berichten schwerste Gewalttaten, andere werden zurück in die Sahara getrieben. Die Bundesregierung weiß das, die zuständigen Behörden der EU auch. Trotzdem wird weiterhin Geld

AufDraht

Herausgeber:

DKP München & Gruppe KAZ

Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes:

Jörg Högemann • Kellerstr. 28 • 81667 München

Mail: auf.draht@gmx.de

https://dkp-muenchen.de • www.kaz-online.de

Druck: Eigendruck im Selbstverlag

Bezahlte Türsteher – da nimmt man es nicht so genau mit Demokratie und Menschenrecht

Man hört derzeit kaum etwas über das Elend derjenigen, die an den Grenzen Europas festhängen oder deren Flucht dorthin mit dem Tod endet. Es sind nur

gezahlt, damit Menschen daran gehindert werden, von Libyen aus nach Europa zu kommen.

Auch der von der Bundesregierung vorangetriebene Deal mit dem türkischen Präsidenten Erdogan, bekanntermaßen nicht gerade ein Garant für demokratische Zustände, wurde gerade erneuert. Weitere 3,5 Milliarden Euro für die nächsten drei Jahre erhält der türkische Staat, um Deutschland und den anderen EU-Staaten die Flüchtlinge vom Leib zu halten.

Abgeschottetes Deutschland – den Buhmann dürfen andere spielen

Wer es trotzdem schafft, ein EU-Land zu erreichen, für den gilt immer noch, dass er nur dort seinen Asylantrag stellen kann, wo er ankommt – eine Maßnahme, die z.B. für Deutschland bedeutet, dass es immer weniger Menschen möglich ist, hier Asyl zu beantragen. Nur rund 76.000 Erstanträge auf Asyl konnten 2020 in Deutschland gestellt werden.

Griechenland, dessen öffentliche Einrichtungen und Sozialleistungen auf Druck vor allem der deutschen Regierung im

vergangenen Jahrzehnt regelrecht kaputt gespart worden sind, ist dagegen eins der Länder, in denen ein großer Teil der Flüchtlinge ankommt. Zumindest dann, wenn ihre Schlauchboote nicht von der griechischen oder der europäischen Küstenwache Frontex gleich wieder zurück ins Meer getrieben werden, wovon in den letzten Monaten immer wieder berichtet worden ist. Zehntausende leben auf griechischen Inseln in Lagern unter elenden Bedingungen und warten auf eine Anerkennung als Flüchtlinge. Wer anerkannt ist, landet buchstäblich auf der Straße ohne irgendeine Unterstützung, bei einer offiziellen Arbeitslosigkeit von 16 Prozent. Kein Wunder also, dass einige versuchen, sich nach Deutschland oder in andere EU-Länder durchzuschlagen, um irgendwo ein Auskommen zu finden. Nun drängt aktuell u.a. die Bundesregierung auf Maßnahmen, diese Weiterflucht aus Griechenland zu unterbinden. Die griechische Regierung reagiert darauf mit einer weiteren Verschärfung ihrer Flüchtlingspolitik. So erklärt sie kurzerhand die Türkei als sicheres Drittland für Geflüchtete aus den

Staaten Syrien, Afghanistan, Pakistan, Bangladesch und Somalia. 77 Prozent aller anerkannten Flüchtlinge in Griechenland kommen aus diesen Ländern. Nun sollen sie gar keine Chance mehr haben, einen Antrag auf Asyl zu stellen, sondern gleich in die Türkei abgeschoben werden. Mit internationalem Recht hat das nichts mehr zu tun. Doch es passiert ja in Griechenland. Da kann die Bundesregierung dann wieder mahnend den Finger heben und „Rechtsstaatlichkeit“ einfordern.

Bundesinnenminister Seehofer ist auf jeden Fall zufrieden. In einer Pressemitteilung des Bundesinnenministeriums vom 10. Januar 2021 erklärt er: „Das Erfolgsrezept unserer Migrationspolitik lautet Humanität und Ordnung! Die Zahl der Asylbewerber ist erneut stark gesunken. (...) Das zeigt: Unsere Maßnahmen zur Steuerung der Migration wirken. Wir sind auf dem richtigen Weg.“ Ein Weg, gepflastert mit Tod, Elend und Rechtlosigkeit – und hier gibt man sich weltoffen und tolerant. ■gr

Nie wieder Krieg! Bundeswehr zurück in die Kasernen!

Vor 80 Jahren überfiel das faschistische Deutschland die Sowjetunion.

Mehr als 27 Millionen sowjetische Bürgerinnen und Bürger wurden von den deutschen Invasoren ermordet. Dennoch lehnen die Herrschenden der BRD es nach wie vor ab, den sowjetischen Opfern, den Opfern des blutigsten Kapitels des von Deutschland verbrochenen zweiten Weltkrieges, eigens zu gedenken. Ein entsprechender Vorstoß der Bundestagsfraktion Die Linke, im Bundestag zum 80. Jahrestag eine Gedenkveranstaltung durchzuführen, wurde von Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble kaltschnäuzig abgelehnt.

In Berlin fanden Gedenkveranstaltungen von DKP und SDAJ sowie auch eine Veranstaltung der Linksfraktion statt. Am 26. Juni 2021 wurde auch in Ingolstadt auf einer Antikriegs-Kundgebung des Kreisverbandes der Partei Die Linke der Opfer des Überfalls auf die Sowjetunion gedacht. Wir wollen an dieser Stelle einige Auszüge aus einem gemeinsamen Redebeitrag von örtlichen Vertretern der Gruppe Kommunistische Arbeiterzeitung (KAZ) und der Kommunistischen Plattform in der Partei Die Linke dokumentieren.

(...) *Mit dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion begann im Jahre 1941 auch der systematische, industrielle Massenmord an den Jüdinnen und Juden Europas. (...) Der Überfall auf die So-*

wjetunion war damit auch zugleich der Höhepunkt des grausamsten Verbrechens der Menschheitsgeschichte. Der Shoa.

Nicht nur, aber auch vor diesem Hintergrund, ist es besonders abartig und niederträchtig, wenn in diesen Tagen in historischen Dokumentationen, die jetzt im Fernsehen laufen, suggeriert wird, dass die Sowjetunion und Nazi-Deutschland den Krieg gemeinsam begonnen hätten, um Europa vermeintlich unter sich „aufzuteilen“.

(...) Der sog. „Hitler-Stalin-Pakt“ war kein „Pakt, sondern einfach ein Nichtangriffsvertrag zwischen Deutschland und der Sowjetunion, wie ihn auch andere europäische Länder mit Deutschland hatten. Es ist ein Märchen, dass der zweite Weltkrieg mit dem Einmarsch deutscher und sowjetischer Truppen in Polen begann. Der zweite Weltkrieg begann eigentlich schon 1938 in München mit dem sog. „Münchener Abkommen“, in dem die Naziregierung, mit Zustimmung der westlichen Alliierten, Teile der Tschechoslowakei annektierte. Statt wie von der Sowjetunion immer wieder angeboten, ein kollektives Sicherheitssystem in Europa gegen Deutschland zu schaffen, feierten die westlichen Mächte es als vermeintliche Sicherung des Friedens,

dass die deutsche Regierung in München verlogen erklärte, sie habe, abgesehen von jenem Teil der Tschechoslowakei, keine weiteren Gebietsansprüche. Das Einknicken der westlichen Mächte, das im Stichlassen der Tschechoslowakei ermutigte das faschistische Deutschland zur Entfesselung des zweiten Weltkrieges und nicht der deutsch-sowjetische Nichtangriffsvertrag, den das faschistische Deutschland am 22. Juni 1941 brach.

Es hat auch keine angebliche „Aufteilung“ Polens zwischen Hitlerdeutschland und der Sowjetunion stattgefunden, wie die herrschende antikommunistische Propaganda immer wieder behauptet. Die Sowjetunion ist nach dem deutschen Überfall auf Polen lediglich an die Linie vorgerückt, um die Deutschen auf Distanz zu halten, die schon 1918 der völkerrechtlich definierten und anerkannten Grenze zwischen Polen und der kurz darauf gegründeten Sowjetunion entsprach.

Wer das ignoriert, der verdreht auch bewusst die Tatsache, dass der deutsch-sowjetische Nichtangriffsvertrag kein politisches Bündnis sondern eine für die Sowjetunion unabdingbare Notwendig-

► Fortsetzung von Seite 7

Nie wieder Krieg! Bundeswehr zurück in die Kasernen!

keit war, um Zeit zu gewinnen, um sich auf den bevorstehenden Krieg mit Deutschland, das damals eine der modernsten Armeen der Welt besaß, vorzubereiten. (...)

Der Sieg des sowjetischen Volkes über den deutschen Faschismus beruhte auf der unerschütterlichen Entschlossenheit der Menschen der Sowjetunion, den Feind unter allen Umständen zu besiegen. (...) In Leningrad, Stalingrad, Moskau, Kiew, Sewastopol, und in vielen anderen Städten und Dörfern musste die Bevölkerung Entsetzliches ertragen, wüteten die Deutschen ohne Vergleich und begingen grausamste Verbrechen. Vor diesem Hintergrund ist es nicht verwunderlich, dass viele Menschen in tiefer Sorge sind, wenn Deutschland heute wieder mit seiner Armee an gegen Russland gerichteten Militärmanövern im Rahmen der Nato teilnimmt und die Herrschenden hierzulande von Russland als angeblicher „Bedrohung für Europa“ reden. Wir fordern: Schluss mit Kriegsmanövern wie

„Defender“, die gegen Russland gerichtet sind! Bundeswehr zurück in die Kasernen! Schluss mit der gegen Russland und China gerichteten Hochrüstung Deutschlands und der Nato!

Der deutsche Krieg gegen Jugoslawien, die deutsche Einmischung in die innerstaatlichen Konflikte, in der Ukraine, in Belarus und selbst in Russland, zeigt dass diejenigen, die 1990 befürchteten, die Einverleibung der DDR könnte nur der erste Schritt sein, dass das großer gewordene Deutschland wieder danach strebt, auch den Osten Europas dem deutschen Einflussbereich zu unterwerfen, recht behalten haben! Wir fordern: Damit muss Schluss sein! Nein zur Einmischung in die inneren Angelegenheiten souveräner Staaten!

(...) Die Völker der Sowjetunion kämpften nicht nur für die Freiheit ihres Landes, sondern auch für unsere Befreiung, die wir am 8. Mai 1945 von ihnen geschenkt bekommen haben. Es ist längst Zeit, da-

für einfach mal, ohne jedwede Vorbehalte und Relativierungen, „Danke!“ zu sagen!

Es ist beschämend, dass der 8. Mai nicht längst ein staatlicher Feiertag in der Bundesrepublik ist und jahrzehntelang in der BRD auf höchster Ebene des Staates Diskussionen geführt wurden, ob man den 8. Mai als „Tag der Befreiung“ bezeichnen sollte.

Die vielen Opfer, die es erforderte, um den von Deutschland verbrochenen Krieg zu beenden und das Naziregime hinwegzufegen – wobei die Hauptlast dabei die Völker der Sowjetunion trugen –, sollten uns immer wieder darin bestärken, nicht eher zu ruhen, bevor der Nazismus nicht mit seinen Wurzeln ausgerissen und die Losung „Nie wieder Faschismus – Nie wieder Krieg“ nicht unumstößlich verwirklicht ist.

Frieden und gute nachbarschaftliche Beziehungen mit China und mit Russland!

Ich danke euch für eure Aufmerksamkeit.

■ ma (KPF & KAZ Ingolstadt)



Wir trauern um Ester Bejarano

In der Nacht zum Samstag, 10. Juli, ist Esther Bejarano, Überlebende des Nazi-Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau, 96jährig verstorben.

Sie überlebte Auschwitz, weil sie im Mädchen-Orchester Akkordeon spielte. Sie überlebte auch das KZ Ravensbrück, wo sie für Siemens als Arbeitsklavin ausgebeutet wurde. Ihr Leben hat sie der Musik und dem Kampf gegen Rassismus und Antisemitismus gewidmet. Unermüdlich trat sie auch noch im hohen Alter zusammen mit der Rap-Band Microphone Mafia auf, um die Jugend für den Kampf gegen den Faschismus zu gewinnen.

Sie ist nach kurzer und schwerer Krankheit verstorben. Wir halten ihr Vermächtnis an die Jugend in Erinnerung: „Ihr habt keine Schuld an dieser Zeit. Aber Ihr macht Euch schuldig, wenn Ihr nichts über diese Zeit wissen wollt. Ihr müsst alles wissen, was damals geschah. Und warum es geschah.“